



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Oktober 2022  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **B 128 C Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023–2026; mit Entwurf des Voranschlags 2023 - Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2023 / Finanzdepartement**

Es folgen Fraktionserklärungen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Auf der Einnahmenseite sieht der vorliegende AFP ein erhebliches Wachstum vor, insbesondere wenn wir das Planungswerk mit dem letztjährigen AFP vergleichen. Zwei Dinge erstaunen deshalb: Erstens: Wir sind vom Verhalten unserer Regierung erstaunt. Von der Regierung haben wir einen Vorschlag für die Finanzplanung vorgelegt erhalten, welcher trotz dieser Verbesserung im Jahr 2025 und 2026 eine erhebliche Diskrepanz zwischen Ausgaben und Einnahmen vorsieht. Wir haben es mehrfach gesagt: Es fehlt eine Priorisierung der Leistungen, welche im Finanzleitbild als einer unserer Grundsätze festgelegt wurde. Zweitens: Wir sind von der Haltung der linken Seite dieses Rates erstaunt. Leider werde ich nach dieser Debatte das Gefühl nicht los, dass ihre oberste Priorität nach wie vor ist, unseren Kanton gebetsmühlenartig schlechtzureden, obwohl die effektiven Zahlen in der Vergangenheit einen massiven Leistungsausbau ermöglichten und mit dem vorliegenden AFP bereits im nächsten Jahr ein hoher Leistungsausbau (Ausgabensteigerung von mehr als 6 Prozent) eingestellt ist. Die durch die Regierung nicht vorgenommene Priorisierung ist dann auch der Grund, weshalb der AFP in der folgenden Abstimmung abgelehnt wird. Wir bedauern das, es ist aber die logische Konsequenz daraus. Die Ablehnung des AFP ist zwar unschön, hat aber kurzfristig keine Konsequenzen. Anders sieht es bei der Abstimmung zum Budget aus. Im Unterschied zu einem abgelehnten AFP hätte ein abgelehntes Budget 2023 einen finanzpolitischen Scherbenhaufen zur Folge. Ich hoffe, dass Sie sich alle hier drin dieser finanzpolitischen Verantwortung bewusst sind. Das Signal einer Budgetablehnung wäre – gerade in der aktuellen unsicheren Situation – verheerend. Dank den guten Abschlüssen des Kantons in den letzten Jahren haben wir die finanziellen Reserven gesteigert und sind vorbereitet, falls die Folgen von Risiken wie zum Beispiel fehlende Einnahmen aus der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die Folgen des Ukraine-Krieges oder das Wiederaufflammen der Corona-Krise einen negativen Einfluss auf unseren Staatshaushalt haben sollten. Im Hinblick auf die Mittelfristplanung stelle ich die finanzpolitische Qualität unserer Beratung infrage. Wie bereits in der Detailberatung festgehalten, sind wir überzeugt, dass wir kein CO<sub>2</sub> sparen und auch keine familienergänzende Betreuung verbessern, wenn wir irgendwelche Platzhalter in die Finanzplanung schreiben. Der Vergleich mit dem Platzhalter für das Steuergesetz ist hier fehl am Platz, weil es hier um eine Anschlussgesetzgebung der neuen Steuerregeln des Bundes respektive der OECD-Mindestbesteuerung geht. Bei dieser wollen wir mit einer austarierten Vorlage insbesondere auch Personen mit tiefen Einkommen entlasten. Dazu

brauchen wir entsprechende Mittel. Vorwurfsgetriebene Schlagworte gegenüber den bürgerlichen Kräften wie «Steuergeschenke» oder gar «Sparübungen» sind nicht nur wahlkampfgetriebene Polemik, sie sind schlicht falsch und verkennen die erfreulich positive finanzielle Istsituation des Kantons Luzern. Die Mitte hat als staatstragende Partei in den letzten Jahren immer Verantwortung für die Finanzpolitik übernommen, auch in schwierigen Zeiten. Das machen wir auch heute und in Zukunft, auch oder gerade dann, wenn Risiken eintreffen, welche einen direkten Einfluss auf unseren Staatshaushalt haben. Oberste Priorität hat für uns eine mittelfristige Übereinstimmung von Einnahmen und Ausgaben.

Für die SVP-Fraktion spricht Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Nach zwei Tagen Budgetdebatte wird der Kanton Luzern in wenigen Minuten ein Budget haben, ein Budget, mit dem niemand so richtig zufrieden zu sein scheint. In der Debatte haben sich die bekannten Gräben zwischen links und den bürgerlichen Parteien der Mitte, der SVP und der FDP ganz klar gezeigt. Die Gemeinsamkeiten sind leider an einem kleinen Ort, sie liegen bei den Investitionen ausserhalb der LUKB-Kapitalerhöhung. Wir sagen alle, dass man die Investitionen realisieren soll, da stehen auch wir dahinter. Dann haben sich aber klare Differenzen gezeigt, Differenzen bei den Ausgaben, Differenzen beim Stellenwachstum, Differenzen beim Instrument der Priorisierung und vor allem Differenzen bei der geplanten und notwendigen Steuergesetzrevision. Unsere Beurteilung der Ausgaben ist klar. Die Ausgaben galoppieren uns davon. Nachdem wir 2021 eine grosszügige Erhöhung für 2022 mitgetragen haben, haben wir jetzt von 2022 auf 2023 noch einmal 6,3 Prozent Wachstum beim betrieblichen Aufwand. Da zeigt es sich, dass wir die Bremse nicht mehr erwischen und uns die Kosten zu entgleiten drohen, und da wollten wir Gegensteuer geben. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. Wir werden auch in Zukunft nicht alle Wünsche erfüllen können. Wir müssen priorisieren, die Mittel werden knapp sein. Die SVP bekennt sich ganz klar zu einer Steuerung dieses Kantons anhand der vorhandenen Ressourcen. Zum Stellenwachstum, das ganz grosse Politikum dieser Debatte: Wir haben klar gesagt, dass die Akzente für uns in Ordnung sind – Akzente bei der Polizei, wo wir klar den Aufwand unterstützen, Akzente bei den Vollzugs- und Bewährungsdiensten, aber auch Akzente bei den Baubewilligungen. Bürgerinnen und Bürger sollen das Recht haben auf zeitnahe Baubewilligungen. Was nicht gerechtfertigt ist und wir bekämpft haben, ist die Entwicklung der Stellen in der Fläche, zu der wir sagen, dass dies ungesund ist und sich rächen wird. Wir erwarten für die Zukunft eine Nachbesserung. Die Differenz bei der Priorisierung ist das richtige Instrument dafür, da werden wir nicht darum herumkommen. Da werden wir die Regierung unterstützen müssen, wenn es um den AFP 2024–2027 geht. Die Steuergesetzrevision ist für uns ein absolutes Muss. Verzichten wir darauf, werden wir abgehängt, und das wird uns alle mehr kosten als die Mittel, welche wir dafür einsetzen wollen. Die OECD-Mindestbesteuerung wird zu wesentlichen Veränderungen führen. Der Wettbewerb wird sich auf andere Instrumente ausweiten, und dort müssen wir reagieren können. Auch für uns ist es wichtig, dass es eine ausgewogene Steuergesetzrevision ist, wo neben den juristischen auch die natürlichen Personen berücksichtigt werden. Wir wollen eine faire Besteuerung in diesem Kanton, die sich insbesondere in der Zentralschweiz behaupten kann. Die SVP hätte diese Grundhaltung gerne auch in konkrete Anpassungen beim Budget gegossen. Diese Anträge haben Sie leider abgelehnt, das akzeptieren wir als Demokraten. Trotzdem erlauben wir uns, dies zu bedauern. Angesichts eines noch nie dagewesenen Stellenwachstums in diesem Kanton wäre es in unseren Augen Aufgabe des Parlaments gewesen, Gegensteuer zu geben. Diese Chance haben wir leider verpasst. Ich glaube auch, wir als Kanton können das gerade in der jetzigen Zeit nicht erklären. Wenn Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen und sagen, wie viele Stellen geschaffen werden, verstehen diese das nicht. Sie haben wirklich Mühe, das ausreichend zu erklären. Ich komme zum Ausblick, was uns im nächsten Jahr beschäftigen wird. Ich habe gestern und heute immer wieder gehört, wenn die SNB ausfalle, könnten wir einfach den Steuerfuss erhöhen. Das habe ich Ihnen schon im letzten Jahr gesagt, es ist nicht so einfach. Der Kanton Luzern hat sich nicht einfach mit der Steuerfussenkung vom letzten Jahr ins Risiko begeben. Wir haben im letzten Jahr und voraussichtlich auch dieses Jahr wesentliche

Mehrausgaben beschlossen, welche volumenmässig die Steuerfussenkung bei Weitem überschreiten. Anders gesagt: Es sind diese Leistungsausweitungen, welche der Kanton Luzern ins Risiko stellen. Aus diesem Grund werden wir auch über Leistungen diskutieren müssen, wenn die SNB ausfallen sollte. Zuerst geht es aber darum, dass mit der Umsetzung des Postulats P 776 die entsprechenden flankierenden Massnahmen geschaffen werden, damit unser Parlament genügend Zeit hat, um auf einen solchen Fall reagieren zu können. Warum war der Leistungsausbau möglich? Die Steuergesetzrevisionen der vergangenen Jahre, die bürgerliche Steuerpolitik, hat dies ermöglicht. Es war die bürgerliche Finanzpolitik, welche den Kanton Luzern vorangetrieben hat und dies möglich gemacht hat, was wir heute haben. Aus diesem Grund sind wir erfreut, dass vor allem in der Beratung des AFP die bürgerliche Finanzpolitik klar bestätigt wurde – eine Finanzpolitik, welche auch die SVP mitträgt, noch ein wenig klarer, noch ein wenig pointierter und geradliniger, als dies andere tun. Aber unsere Finanzpolitik ist ausrechenbar, und sie wird auch in Zukunft auf den gleichen Säulen funktionieren, wie sie das in den letzten Jahren getan hat. Ausgaben und Einnahmen müssen in Einklang gebracht werden, das heisst wir dürfen nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Wir müssen bei den Ausgaben zurückhaltend sein und konsequent priorisieren. Die SVP steht für eine regelbasierte Finanzpolitik auf der Basis einer griffigen Schuldenbremse. Wir wollen die geplanten Investitionen umsetzen. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons erhalten durch eine ausgewogene Steuergesetzrevision und durch Massnahmen zur Deregulierung und Entbürokratisierung. Mit diesen Massnahmen können wir den Kanton Luzern weiterhin erfolgreich behalten und in eine noch erfolgreichere Zukunft führen. Das ist bürgerliche Finanzpolitik, das ist erfolgreiche Finanzpolitik, und das ist die Finanzpolitik der Regierung und des Parlaments. An dieser wollen wir uns in Zukunft messen lassen. Auch die SVP übernimmt Verantwortung mit unserer Regierung für einen starken und wettbewerbsfähigen Kanton Luzern. Aus diesem Grund werden wir den AFP 2023–2026 ablehnen, fordern aber keine unterjährige Überarbeitung. Dem Budget können wir nicht zustimmen. Hinter diesem Stellenaufwuchs kann die SVP-Fraktion nicht stehen. Leider haben wir innerhalb von zwei Jahren die hart erarbeitete Ausgangslage einem Ausgabenwunschkonzert geopfert, dahinter können wir nicht stehen. Dem Beschluss über den Steuerfuss werden wir zustimmen.

Für die FDP-Fraktion spricht Georg Dubach.

Georg Dubach: Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle sensibilisiert, dass die Inflation vor der Türe steht, der Markt an der Börse nervös ist und die Immobilien masslos überbewerten sind. Ich habe uns dabei ermahnt, dass wir Sorge tragen und bescheiden bleiben müssen. Die für uns alle völlig unerwartete Invasion Russlands in die Ukraine löste im Frühjahr 2022 in einem fragilen Marktumfeld eine totale Verunsicherung aus. Diese Eskalation und die steigende Inflation führten unter anderem zu hohen Kursverlusten an den Aktien- und Anleihenmärkten. Wir leben jetzt in Zeiten der Unsicherheit, in Zeiten von Umbrüchen. Dieser von der Regierung vorgeschlagene Entwurf zum Aufgaben- und Finanzplan bis 2026 gibt uns weder Sicherheiten noch setzt er Prioritäten. Die drei AFP-Planjahre weisen alle Aufwandüberschüsse zwischen 30 und 70 Millionen Franken aus. Die Entwicklung der Ausgaben haben sich von der Entwicklung der Einnahmen entkoppelt. Dabei ist besonders das starke Wachstum beim Personalbestand der Kernverwaltung auffallend. Weiter wurde in allen Planjahren eine jährliche Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 160 Millionen Franken mit einberechnet. Die Regierung hat es verpasst, in ihrer Finanzplanung die geopolitischen Spannungen zu berücksichtigen. Die Folgen der hohen Energiepreise, die Auswirkungen der höheren Zinsen, die zu erwarten sind, und eine mögliche steigende Arbeitslosigkeit, welche eine Rezession auslösen könnte, sind in diesem AFP nicht berücksichtigt worden. Die FDP wird aus diesen Gründen dem AFP nicht zustimmen können und eine Überarbeitung bis zum nächsten ordentlichen AFP 2024–2027 fordern. Das Voranschlagsjahr ist mit einem Ertragsüberschuss von 14,2 Millionen Franken das einzige Jahr der Planungsperiode, für welches die Regierung ein positives Ergebnis ausweist. Dieses positive Ergebnis ist nur dank deutlich höheren Steuereinnahmen, welche wiederholt unsere ausgezeichnete Finanz- und Steuerstrategie

beweisen, und dank der geplanten Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank realisierbar. Trotz der Unsicherheit dieser Ausschüttung wird die FDP-Fraktion den Voranschlag 2023 genehmigen. Die FDP ist erfreut, dass die Regierung trotz den sich anbahnenden Zeiten der Unsicherheiten bereit ist, jährlich 200 Millionen Franken zu investieren. Aus unserer Sicht ist es von zentraler Bedeutung, dass die geplanten Investitionsvolumina gesichert und wie vorgesehen umgesetzt werden. Die Inflation bleibt in den nächsten Monaten hartnäckig. Die Zentralbanken straffen ihre Leitzinsen konsequent weiter. Die Auswirkungen der höheren Zinsen werden auf die Wirtschaft einschlagen. Mit dem Voranschlag 2023, einem in Zeiten der Umbrüche angepassten AFP und der bevorstehenden wichtigen Steuergesetzrevision muss es uns gelingen, die Investitionslaune der Konsumenten und Unternehmen zu stützen. Tragen wir Sorge, und helfen Sie mit, dass unser Kanton auch in Zeiten der Unsicherheit ein verlässlicher Partner für die ganze Bevölkerung, für die Arbeitsplätze und die Wirtschaft bleibt.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Mit dem Budget und dem AFP stimmen wir nicht nur darüber ab, wer in den nächsten Jahren wie viel Geld erhalten soll, sondern auch darüber, was für einen Kanton wir wollen. Wir möchten einen solidarischen Kanton, der zu seinen Bewohnenden und der Umwelt schaut, wo man Unterstützung erhält, wenn man die Krankenkassenprämien wegen des Prämienchocks nicht mehr zahlen kann, wo sich auch Kinder aus nicht wohlhabenden Familien eine Ausbildung leisten können; einen Kanton, in dem auch die Landschaft gut versorgt ist mit öffentlichem Verkehr, mit medizinischer Grundversorgung oder auch mit Zugang zu schnellem Internet; einen Kanton, der in der Krise vorausgeht und zu seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft schaut und nicht nur abwartet, was der Bund macht; einen Kanton, der zu seinem Personal schaut und es motiviertem Personal ermöglicht, mit genügend Ressourcen unsere Kinder und Jugendlichen auszubilden oder im ganzen Kanton für Sicherheit zu sorgen und in den Dienststellen Tag und Nacht kundenorientiert für die Bevölkerung zu arbeiten. Die bürgerlichen Parteien haben andere Prioritäten, nämlich tiefe Steuern, und zwar in erster Priorität für Unternehmen, in zweiter Priorität für Grossverdiener und Vermögende. Über all dem steht die Schuldenbremse. Jahrelang hat der Kanton von den Geldern der Schweizerischen Nationalbank profitiert. Trotz dem Geldsegen der SNB gelingt es meist nur mit grossem Aufwand, ein gesetzeskonformes Budget zu beschliessen. Dass die bürgerliche Mehrheit den AFP von ihrer eigenen Regierung jeweils abgelehnt hat, ist eine Luzerner Tradition. So haben auch die selbsternannten staatstragenden Parteien jeweils die anstehenden Probleme auf den nächsten AFP verschoben, den man dann wieder ablehnte. Auch heute haben Sie sich wieder geweigert, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken, bei welchen Leistungen Sie in den nächsten Jahren priorisieren, das heisst abbauen wollen. Sie haben einfach der Regierung den Auftrag gegeben, man soll jetzt wieder abbauen. Schuld ist dann wieder die Regierung. Verantwortlich für das Budget sind aber wir im Kantonsrat. Sie trauen sich aber nicht, diese Verantwortung zu übernehmen, und wollen nicht hinstehen und sagen, wo Sie priorisieren wollen. Wir haben nur gehört, man müsse dies tun. Jetzt wäre es aber an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen, denn die SNB-Gelder fallen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit für einige Jahre aus. Schuld an den drohenden roten Zahlen ist gemäss Ihnen aber nicht der Platzhalter für die weiteren Steuergeschenke, sondern das Personal. Dass es für neue Aufgaben und auch während Krisen mehr Personal braucht, das sehen Sie nicht. Statt zu merken, dass es immer schwieriger wird, motiviertes Personal für die Aufrechterhaltung des Service public im Kanton Luzern zu finden, muss die Verwaltung als Sündenbock herhalten für die negativen Folgen Ihrer Steuerstrategie. Jede Personalaufstockung wird bekämpft, hinterfragt, teilweise seit Jahren verzögert wie bei der Luzerner Polizei, welche wegen Ihnen in diesem Sommer Polizeiposten auf der Landschaft schliessen musste. Die Personalaufstockung wurde vor Jahren versprochen, und jedes Mal wurde sie wieder von Ihnen torpediert. Wenn Sie so weitermachen, müssen wir auch in den nächsten Jahren viel mehr Polizeiposten schliessen, als es im Planungsbericht steht, den wir nachher diskutieren werden. Wertschätzung sieht anders aus. Über den Personalmangel bei

den Spitälern wollten Sie bei den dringlichen Vorstössen gar nicht erst sprechen. Sie spielen sich aber gerne als Retter des Spitals Wolhusen auf, wichtige Abteilungen sollen auch auf der Landschaft erhalten bleiben. Gleichzeitig sorgen Sie aber dafür, dass die Betten aufgrund des Personalmangels geschlossen werden müssen. Auch Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf findet es eine tolle Nachricht, dass es beim Luzerner Kantonsspital eine Lohnerhöhung gibt, die aber eigentlich eine Reallohnsenkung ist und die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals weiter verschlechtert. Damit wären wir beim Stichwort der Teuerung. Ich habe geschaut, wo und wie oft im Budget und im AFP das Wort «Teuerung» vorkommt. Mehrmals habe ich gelesen, dass wir ein grosses Risiko bei Investitionen haben und im nächsten Jahr die Güter teurer werden, was die Kosten in die Höhe treiben werde. Genau nullmal habe ich dieses Wort im Zusammenhang mit dem Personal gelesen. Trotz Rekordteuerung, trotz Prämienschock bei den Krankenkassen, trotz explodierenden Energiepreisen steht nichts darüber, dass wir dem Personal mehr geben müssen. Denken Sie an die gerade beschlossene Reallohnsenkung, wenn Sie das nächste Mal über den Fachkräftemangel im Kanton Luzern bei der Verwaltung klagen. Zu grossen Teilen ist der Fachkräftemangel durch Ihre unsolidarische Finanzpolitik selbstverschuldet. Das Motto unseres Regierungspräsidenten und unseres Kantonsratspräsidenten ist «Solidarität ist Zukunft». Das bedeutet aber im besten Fall «Solidarität in Zukunft», aber sicher nicht jetzt – Solidarität in Zukunft, eine weitere Ankündigung, die Sie schon bei der Polizei oder beim Gesundheitswesen oder dem symbolischen Klimanotstand verkündet haben. Dieser blieb so symbolisch, dass der angekündigte Klimafonds vorerst leer bleibt. Wir müssen endlich wegkommen von der Ankündigungspolitik hin zur Umsetzungspolitik. Die bürgerliche Mehrheit hatte fast eine ganze Legislatur Zeit, um dies umzusetzen. Geblieben sind viele Ankündigungen, doch umgesetzt wurde wenig. Krisen löst der Bund zum Glück für uns. So hoffen wir auch, dass der Bund die aktuelle Energiekrise und die aktuelle Kaufkraftkrise für uns lösen wird. Sie sehen ja keinen Handlungsbedarf bei uns. Auch dort waren es vor allem Ankündigungen, als die FDP an der letzten Debatte verlauten liess, dass wir alles in unserer Möglichkeit Stehende unternehmen müssen, damit wir die Energiekrise und die Kaufkraftkrise verhindern können. Beschlossen haben Sie nichts. Damit das Budget nicht nur Ankündigungen, sondern auch Zahlen enthält, was man im nächsten Jahr machen wird, ist es klar, dass in diesem Budget die grossen Krisen nicht abgebildet waren. Die Gegenwart ist nur mangelhaft bis gar nicht abgebildet. Wir werden dem Budget dennoch mehrheitlich zustimmen, wenn auch nicht aus Überzeugung. Wenn wir es ablehnten und es überarbeitet würde, dann würde sich vermutlich die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft Kanton Luzern (AWG) mit der SVP durchsetzen und beim Personal noch mehr sparen und noch mehr beim Service public abbauen.

Für die G/JG-Fraktion spricht Korintha Bärtsch.

Korintha Bärtsch: Die Jungen Grünen und Grünen stehen ein für eine Finanzpolitik, die einen Kanton will, der gestaltet und die grossen Herausforderungen der Zukunft meistern kann. Wenn wir die bürgerliche Finanzpolitik anschauen, dann erkennen wir aber eine Mischung aus Inkonsequenz zwischen Leistungen und Ressourcen, eine Steuersenkungs- und Sparideologie aus dem letzten Jahrzehnt und eine Kapitulation vor dem Fachkräftemangel. Die AFP-Debatte von heute und gestern war geprägt durch Schlagwörter wie «Unsicherheit», «Krisen» (wie die Ukraine-Krise oder die Klimakrise), «Fachkräftemangel», das neue Unwort «Stellenaufwuchs», «Platzhalter» und «Steuerwettbewerb». Von der Beschränkung des Ausgabenwachstums, dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit im Steuerwettbewerb und der fehlenden Priorisierung haben wir vom Sprecher der bürgerlichen Finanzpolitik, von SVP-Kantonsrat Armin Hartmann, gehört. Die Herausforderungen in einer unsicheren und krisenhaften Welt sind gross, aber eigentlich wäre unser Kanton gut gerüstet. Unser Kanton könnte die Handbremse lösen und den Gestaltungsspielraum ausnützen, nämlich die künftigen Herausforderungen im Klimawandel proaktiv angehen, die zukünftige Gesellschaftspolitik ein wenig progressiver gestalten und damit eine stärkere Finanzierung von Kitaplätzen umsetzen oder die Prämienverbilligungen erhöhen und den Nachholbedarf beim Personalbestand angehen. Wir wissen seit Jahren,

dass wir Unterbestände haben, bringen aber keine Mehrheiten fertig, um diese abzubauen. Jetzt wäre hier ein wenig Luft, um angenehmer zu atmen, aber was macht die konservative Mehrheit des Kantons? Sie legt sich ein Korsett an, ein Relikt aus alten Zeiten, und schränkt sich mit Steuersenkungen derart ein. Wir hören, dass die Unsicherheiten zu gross seien, als dass man jetzt vorwärtsplanen könne. Aber warum ist dann eine Steuergesetzrevision bei Ihnen in Stein gemeisselt? Sollten wir dann nicht mit so einer vorsichtig sein? Und warum müssen wir unbedingt eine Steuergesetzrevision durchführen, obwohl aus Ihrer Sicht die kommenden Planjahre in Bezug auf die Ausschüttungen der Nationalbank und die Auswirkungen der Ukraine-Krise nicht klar sind? Um die Wettbewerbsfähigkeit im Steuerwettbewerb zu erhalten, haben wir gehört. Aber da war doch einmal etwas. Waren wir da nicht einmal vorne dabei? Hatten wir da nicht einmal einen Podestplatz? Dummerweise sind wir nach hinten gerutscht, haben aber das Bedürfnis, wieder vorne mitzumischen. Genau hier liegt das Problem. Wir sind dem Steuerwettbewerb vollkommen ausgeliefert. Wenn wir mitmachen und uns dem Steuerwettbewerb unterstellen, dann sind wir immer nur am Reagieren, wir sind den Handlungen anderer ausgeliefert und sind nicht selbstbestimmt am Gestalten. Die Zentralschweiz mit unseren umliegenden Kantonen betreibt ein Race-to-the-Bottom. Wann ist für Sie denn Schluss im Rennen um die tiefsten Steuern? Wie tief wollen Sie eigentlich gehen? Die Grünen und Jungen Grünen lehnen den Platzhalter und die Steuergesetzrevision ab. Die Standortattraktivität zeigt sich nicht allein im Steuerfuss. Der Standort Luzern ist attraktiv, wenn wir ausreichende finanzierbare Kitaplätze haben, wenn wir eine gute und ausreichend finanzierte Universität und Hochschule haben, anständige Stipendien und ein gutes Gesundheitswesen. Für die Innovation gilt genau das Gleiche, es braucht ein entsprechendes Umfeld, das Innovationen fördert. Der Fachkräftemangel ist in verschiedenen Berufen ein Problem, da sind wir uns alle einig. Wir haben aber vollkommen unterschiedliche Strategien, um damit umzugehen. Die bürgerliche Mehrheit steckt den Kopf in den Sand und will sich dem gar nicht stellen. Es ist eine Kapitulation, einfach zu sagen, man soll die Stellen gar nicht ausschreiben, da es ja sein könnte, dass man sie nicht besetzen kann. Das qualifiziert Sie nicht als Macherinnen und Macher. Wir hätten hier doch ein wenig mehr Willen erwartet, auch wirklich etwas erreichen zu wollen. Wenn Fachkräftemangel herrscht, dann spielt doch das klassische Marktprinzip, welches Sie eigentlich kennen. Diejenigen mit den besten Leistungen, mit den besten und attraktivsten Arbeiten und Tätigkeiten werden am ehesten als mögliche Arbeitgeber ausgesucht. Was heisst das für den Kanton Luzern? Die Grünen und Jungen Grünen wollen bessere Arbeitsbedingungen, und wir werden uns dafür einsetzen und nächsten Montag ein Vorstosspaket dazu einreichen. Stellen Sie sich vor, es gibt einigen Nachholbedarf beim Arbeitgeber Kanton Luzern. Die effektiven Bedingungen auf dem Papier sind aber eigentlich nur das eine, das andere ist die Firmenkultur beim Kanton Luzern als Arbeitgeber, also die Luzerner Politik. Unternehmen mit einer innovativen und progressiven Firmenkultur sind als Arbeitgeber beliebt. Die Firmenkultur des Arbeitgebers Luzern ist durch die Luzerner Politik bestimmt, und diese wird von einer konservativen Mehrheit gemacht. Wir machen eine Politik der kleinen Schritte und geben immer wieder Inputs und stupsen an, sodass auch der Kanton Luzern in eine etwas progressivere Richtung geht. Nicht zuletzt ist die AFP-Debatte auch immer eine Stunde der Wahrheit. Wir sprechen die Ressourcen für die Leistungen, welche wir bestellt haben. Wir bedauern es sehr, dass sich die Mitte nicht von der SVP emanzipieren konnte. Das ist eigentlich bemerkenswert, weil die Mitte doch ab und zu und glücklicherweise immer häufiger eine wichtige Partnerin für uns Grüne und Linke ist, wenn wir über Leistungen und Aufgaben diskutieren und diese bestellen. In der Finanzpolitik fährt sie allerdings einen ziemlichen Rechtskurs. Es scheint auch, dass die Mitte bei Leistungsbestellungen und Finanzpolitik nicht immer ganz konsistent ist. Ich erinnere hier an die Diskussion der Schliessung der Polizeiposten und auch an die Diskussion um das Spital Wolhusen. Es ist schade, dass sich in der Finanzdebatte bei der Mitte nur drei Fraktionsmitglieder geäussert haben. Noch etwas zum Stichwort Polizei: Seit zwölf Jahren, seit drei Legislaturen, ist klar ausgewiesen, dass zusätzliche Stellen bei der Polizei notwendig sind. Seit zwölf Jahren fordern wir bei der Polizei mehr Stellen, gerade wir

Grünen, die nicht bekannt sind als eine strikte Law-and-Order-Partei. Wir finden aber keine Mehrheiten, obwohl die SVP seit Jahren «mehr Sicherheit» auf ihre Wahlbroschüren schreibt. Die Aufstockung der Polizei macht einen Drittel der geplanten zusätzlichen Stellen im vorliegenden AFP aus. Der zu kleine Polizeietat ist eine riesige Altlast, und die rechte Ratsseite ist immer noch nicht bereit, hier die notwendigen Schritte dafür zu gehen. Wir sind gespannt, wie Sie sich beim Traktandum zum Planungsbericht über die Ressourcen der Luzerner Polizei verhalten werden. Wir hoffen, dass Sie den Planungsbericht unterstützen werden. Die rein bürgerlich zusammengesetzte Regierung steht nicht im Verdacht, einen ausufernden AFP zu formulieren. Die Regierung hat versucht, für Leistungen, die wir als Kantonsrat bestellt haben, das notwendige Personal einzustellen. Der AFP geht für die Grünen und Jungen Grünen demzufolge in die richtige Richtung, für uns sind aber noch zu wenig Stellen eingestellt beziehungsweise sollten diverse Stellen schon früher geschaffen werden und nicht erst im letzten Planjahr des vorliegenden AFP. Definitiv lehnen wir den Platzhalter für Steuersenkungen ab. Wir hätten die Hand für einen Kompromiss ausgestreckt, damit sind wir aber allein auf weiter Flur. Wir sind keine Regierungspartei, und deshalb sehen wir es auch nicht als unsere Aufgabe an, den heute angerichteten Scherbenhaufen zusammenzukehren. Die bürgerliche Mehrheit hat heute einmal mehr gezeigt, dass sie nicht interessiert ist an einem starken Kanton, dass sie möglichst wenig Leistungen erbringen will und den Gürtel immer noch enger schnallen will, obwohl hier gar kein Loch mehr da ist. Die Grünen und Jungen Grünen stehen ein für eine Finanzpolitik, die einen Kanton will, der gestaltet und die grossen Herausforderungen der Zukunft meistern kann. Wir werden uns bei der Neuauflage des AFP 2024–2027 dementsprechend einbringen.

Für die GLP-Fraktion spricht András Özvegyi.

András Özvegyi: Die Behandlung des AFP sowie des Budgets 2023 hat sich über acht bis neun Stunden hingezogen. Es war intensiv, aber auch emotional und teilweise für uns unverständlich. Unsere finanzielle Lage, insbesondere die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich, konnten wir dank der funktionierenden Steuerstrategie der letzten Jahre massgeblich verbessern. Jetzt befinden wir uns aber in einer anderen Zeit, in einer schwierigen und unsicheren Zeit. Die Kombination der steigenden Inflation mit dem Risiko einer Energiekrise sowie dem unsäglichen Krieg in der Ukraine lässt die Weiterplanung schwieriger werden. Zudem sehen wir steigende Ausgaben, insbesondere in der Bildung und im Gesundheit- und Sozialbereich, sodass die Einnahmen und Ausgaben für die weiteren Planjahre ab 2024 nicht mehr im Gleichgewicht sind. Es ist aber eine der wichtigsten Aufgaben unseres Parlaments, dieses Gleichgewicht zu wahren. Wie jeder Haushalt müssen wir Leistungen priorisieren und können grundsätzlich nur so viel Geld ausgeben, wie wir einnehmen. Als Konsequenz können wir den AFP so nicht genehmigen. Auch mit dem Budget sind wir alles andere als zufrieden. Unverständlich ist für uns, dass unsere Verbesserungsvorschläge keine Mehrheit gefunden haben. Es war für die GLP-Fraktion nicht nachvollziehbar, dass sich der Kanton weiterhin weit über die gesetzlich geforderte Beteiligung von 51 Prozent hinaus an der LUKB-Aktienkapitalerhöhung beteiligt. Dieser unnötige Eingriff in die Privatwirtschaft ist neben der Risikoabwägung schlicht auch wegen der Marktverzerrung nicht nachvollziehbar. Die Aufhebung der veralteten Staatsgarantie sowie die damit einhergehende Marktverzerrung werden wir weiterhin bekämpfen. Für uns ist es noch weniger nachvollziehbar, dass die Anpassung der Beträge der Gelder der Nationalbank vom Maximalbetrag auf einen realistischen Betrag keine Mehrheit fand. Alle waren sich einig, dass man zuerst abwarten müsse, was die SNB überhaupt ausschüttet. Diese Anpassung hätte aus unserer Sicht ein weit realistischeres Budget für die Planjahre ergeben. Können wir zufrieden sein? Nein, können wir nicht. Aber im Sinn einer Güterabwägung können wir es nicht verantworten, den Voranschlag abzulehnen. Insbesondere aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage hätte eine Rückweisung des Budgets schwere Folgen, und das können wir unserer Wirtschaft nicht antun. Ein budgetloser Zustand bis mindestens Ende Januar würde dazu führen, dass nur noch gesetzliche Ausgaben getätigt werden könnten, und das wollen wir nicht. Eine solche

Lähmung des Kantons müssen wir verhindern. Wir werden aber in den kommenden Monaten die Ausgaben genau beobachten müssen und falls nötig eingreifen. Auch unsere Maxime ist, dass Ausgaben und Einnahmen realistisch im Gleichgewicht sein sollten. Vor allem aber der vorliegende AFP stammt noch aus der Schönwetterlage des ersten Halbjahres 2022. Wir wollten den AFP realistisch mit dem heutigen Wissen verbessern. Das war leider nicht möglich. Es wird sich aber bei der nächsten Version zeigen, in welche Richtung es geht. Wir gehen jetzt also sehr wahrscheinlich in ein Jahr ohne einen genehmigten AFP. Wir stimmen aber dem Voranschlag 2023 aus den genannten Gründen zu.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2023, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 110 zu 0 Stimmen zu.